

Antrag 2025/II/Innen/12

Jusos Hamburg

Keine Regelanfrage für den öffentlichen Dienst – Extremismusprävention statt „Radikalenerlass 2.0“

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird dazu aufgefordert, dem geplanten „Gesetz zum Schutz des
- 3 öffentlichen Dienstes vor verfassungsfeindlichen Einflüssen sowie zur Änderung weiterer Vor-
- 4 schriften“ zunächst nicht zuzustimmen. Stattdessen soll sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für
- 5 ein demokratisches Gesamtkonzept der Extremismusprävention einsetzen.
- 6 Die Jusos Hamburg lehnen die geplante Gesetzesänderung in ihrer jetzigen Form grundlegend
- 7 ab.

8 **Begründung**

- 9 Das Ziel, den öffentlichen Dienst vor verfassungsfeindlichen Personen zu schützen, ist richtig
- 10 – das gewählte Mittel jedoch verfehlt. Denn die Regelanfrage im öffentlichen Dienst steht für
- 11 einen Paradigmenwechsel, der illiberal und antidemokratisch ist: weg von einer anlassbezoge-
- 12 nen hin zu einer flächendeckenden Verdachtslogik. Bürgerrechtler David Werdermann (Gesell-
- 13 schaft für Freiheitsrechte) warnt zu recht, dass Behörden mit der Regelanfrage Verantwortung
- 14 auslagern: Statt selbst zu prüfen, ob Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst geeignet sind,
- 15 verschiebt man die Entscheidung an den Verfassungsschutz – eine Behörde, die Quellen nicht
- 16 offenlegt, deren Entscheidungen kaum angreifbar sind und die nach wie vor mit einer über-
- 17 holten Extremismustheorie arbeitet, die linke Bewegungen pauschal als staatsfeindlich ein-
- 18 stuft. Der Fall der Klimaaktivistin und Lehramtsstudentin Lisa Poettinger aus Bayern verdeut-
- 19 licht, dass die geplante Regelanfrage das Risiko birgt, kritisches, oppositionelles oder zivilgesell-
- 20 schaftliches Engagement mit Extremismus gleichzusetzen. Mehr als fünf Jahrzehnte nach dem
- 21 Radikalenerlass, der auf Grundlage vager Verdachtsmomente und bloßer Verfassungsschutz-
- 22 Einträge zahlreichen engagierten Menschen den Zugang zum öffentlichen Dienst versperrte,
- 23 droht eine Wiederholung derselben Fehler – unter anderen Vorzeichen, aber mit vergleichba-
- 24 ren Mechanismen: Verdacht statt Beweis, Stigmatisierung statt Transparenz, Misstrauen statt
- 25 rechtsstaatlicher Klarheit. Das Ergebnis einer Regelanfrage wäre ein strukturelles Misstrauen
- 26 gegenüber Bewerber*innen. DGB und Ver.di verweisen auf mildere, demokratischere Mittel.
- 27 Die Jusos Hamburg fordern einen Dialog über diese demokratischen Mittel, bspw.: • besse-
- 28 re Schulung und Sensibilisierung von Personalabteilungen, • intensive Gespräche mit Bewer-
- 29 ber*innen über ihre Wertebasis, • klare Sanktionsmöglichkeiten bei Falschangaben, • und ge-
- 30 zielte anlassbezogene Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz.
- 31 All das ermöglicht Schutz vor Verfassungsfeinde – ohne eine geheimdienstliche Schattenakte,
- 32 die über berufliche Existenzen entscheidet.